



---

## Ausschussdrucksache 20(9)254

8. Mai 2023

---

**Prof. Dr. Tom Krebs, Ph.D.**  
**Professur für VWL, Makroökonomik und Wirtschaftspolitik**  
**Universität Mannheim**  
**68161 Mannheim**

### Stellungnahme

#### Öffentliche Anhörung

#### zu den Vorlagen

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
**Eine europäische Antwort auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen**  
**BT-Drucksache 20/5352**
  
- b) Antrag der Abgeordneten Christian Leye, Alexander Ulrich, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
**Deindustrialisierung verhindern – Aktive Industriepolitik für Klima und Beschäftigung als robuste Antwort auf das US-Gesetz zur Bekämpfung der Inflation**  
**BT-Drucksache 20/6545**
  
- c) **Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen**  
**Ein Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter**  
**KOM(2023)62 endg.; Ratsdok.-Nr. 5933/23**

**am 10. Mai 2023**

Deutscher Bundestag  
Wirtschaftsausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Prof. Tom Krebs, Ph.D.**

**Besucheradresse:**  
L 7, 3-5, Raum P05/06  
68161 Mannheim  
Telefon: 06 21 / 1 81-1762

**Mannheim, 5. Mai 2023**

**Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung im Wirtschaftsausschuss des deutschen Bundestags am Mittwoch, 10. Mai 2023, zum USA-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA).**

### **1. Sachverhalt und Einschätzung**

Die USA haben sich mit dem Inflation Reduction Act (IRA), der rund 370 Milliarden US-Dollar für erneuerbare Energien und klimaneutrale Technologien bereitstellt, im Kampf gegen den Klimawandel zurückgemeldet. Die europäische Reaktion auf diese Nejustierung der US-amerikanischen Klima- und Wirtschaftspolitik war gemischt. Während viele Beobachter die klimapolitische Wende der USA im Prinzip begrüßten, gab es auch Bedenken, dass der IRA sich zu stark auf die Produktion in den USA konzentrierte und europäische Produzenten benachteilige.

Die vorliegende Stellungnahme untersucht den IRA aus klima- und wirtschaftspolitischer Sicht. Darüber hinaus werden Empfehlungen abgeleitet, wie die Politik in Deutschland und Europa auf den IRA antworten könnte bzw. sollte. Die wesentlichen Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden.

Der IRA verfolgt grundsätzlich den richtigen Ansatz, um eine sozial-gerechte Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität zu erreichen. Er besteht im Wesentlichen aus einer modernen Industrie- bzw. Standortpolitik, die Unternehmen und Beschäftigte durch Fördermaßnahmen im Transformationsprozess unterstützt. Deutschland und Europa sollten daher den Vorstoß der USA begrüßen und mit einem europäischen IRA antworten. Es ist eine Gelegenheit, neben der sicherheitspolitischen Zeitenwende auch eine ökonomische Zeitenwende in 2023 einzuleiten.

Der IRA ist zwar grundsätzlich richtig, aber er hat auch Schwächen. Deutschland und Europa sollten daher den IRA nicht einfach kopieren, sondern eine eigene, verbesserte Version entwickeln. Das bedeutet unter anderem, die institutionellen Stärken des deutschen bzw. europäischen Arbeitsmarktes auszunutzen. Denn der IRA ist auch ein Versuch der Biden-Regierung, eine Gute-Arbeit Politik in den USA zu etablieren. Beispielsweise soll die Höhe der Unternehmenssubventionen teilweise davon anhängen, ob die geförderten Unternehmen den „üblichen“ (prevailing) Lohn zahlen. Eine solche Gute-Arbeit Politik ist jedoch in den USA in der

Praxis kaum umsetzbar, da die Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung überwiegend fehlt. Deutschland und Europa sollten den institutionellen Rahmen der Sozialpartnerschaft nutzen, um eine moderne Industriepolitik erfolgreich umzusetzen.

## 2. Inflation Reduction Act

Am 16. August 2022 unterzeichnete US-Präsident Joe Biden den Inflation Reduction Act 2022 (IRA). Dieses Gesetzespaket ist das Kernelement der klimapolitischen Agenda der Biden-Administration und soll neben der Reduktion der Treibhausgasemissionen erreichen, dass Wertschöpfungsketten für klimaneutrale Zukunftstechnologien in den USA aufgebaut werden. Nach Einführung der wirtschaftspolitischen Programme „Bipartisan Infrastructure Bill“ und „Chips & Science Act“ ist der IRA das dritte Maßnahmenpaket, das den Fokus auf die Stärkung der industriellen Basis der US-amerikanischen Wirtschaft legt. Die drei Pakte haben zusammen ein staatliches Fördervolumen von rund zwei Billionen US Dollar verteilt über die nächsten zehn Jahre. Dabei beträgt das geschätzte Fördervolumen des IRA etwa 370 Milliarden US Dollar.<sup>1</sup> Dabei soll die Finanzierung der Fördermaßnahmen durch eine Anhebung der Mindeststeuer für Unternehmen, das Schließen von Steuerschlupflöchern und einer Reform der Medikamentenpreissetzung erfolgen.

Der IRA fördert klimaneutrale Investitionen bzw. klimaneutrale Produktion durch eine Mischung von Steuererleichterungen (Steuerergutschriften), direkten Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten (White House, 2022a). Die wesentlichen Elemente des Maßnahmenpakets sind in Tabelle 1 dargestellt:

**Tabelle 1. Geschätzte Förderausgaben (in Milliarden US Dollar) des IRA**

<b>CO2-freie Energieerzeugung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuergutschriften für Investitionen in Solaranlagen</li> <li>- Steuergutschriften zur Erzeugung von Wind- und Kernenergie</li> <li>- Förderung überregionaler Übertragungsnetzprojekten</li> <li>- Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen</li> </ul>	196
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung von modernen Produktionsanlagen</li> <li>- Investitionen für moderne Industrieanlagen</li> </ul>	71
<b>Elektro-Mobilität</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuerliche Anreize für den Kauf von Elektrofahrzeugen</li> <li>- Förderung von Ladeinfrastruktur von Elektrofahrzeugen</li> </ul>	23
<b>Klimafreundliche Technologien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuergutschrift für Abschneidung von CO<sub>2</sub> und DAC</li> <li>- Steuergutschrift für Produktion klimafreundlichen Wasserstoffs</li> <li>- Förderung von Wasserstoff- und DAC-Hubs</li> <li>- Förderung von nachhaltigen Flugkraftstoffen</li> </ul>	17
<b>Andere</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Landwirtschaftliche Initiativen</li> <li>- Methanemissionsabgabe</li> <li>- Investitionen in Resilienzmaßnahmen (ländlicher Raum)</li> <li>- Fond zur Reduzierung von Treibhausgasen</li> </ul>	61

<sup>1</sup> Die Abschätzung des Finanzierungsvolumens ist mit großer Unsicherheit behaftet, denn Instrumente wie Steuererleichterungen sind im Umfang nicht gedeckelt und das letztlich realisierte Volumen hängt wesentlich von dem Verhalten der Unternehmen und Haushalte ab.

Quelle: BDI (2023)

Im Mittelpunkt der Debatte in Deutschland und Europa steht die Buy-American- bzw. local-content-Anforderungen, die als Kriterien für die Vergaben der Steuergutschriften für gewisse Produkte verwendet werden. So erhalten beispielsweise die Käufer von Elektro-Autos eine Gutschrift von bis zu 7.500 US Dollar, aber diese Förderung wird nur gewährt, wenn die Endmontage des E-Autos in Nordamerika erfolgt, ein Teil der Batterierohstoffe aus Nordamerika oder einem Land mit Freihandelsabkommen kommt und ein Teil der Batteriekomponenten in Nordamerika hergestellt oder zusammengebaut wurde. Diese Vorgaben können erheblichen bürokratischen Aufwand in der Umsetzung verursachen in einem ansonsten eher unbürokratischen und verstoßen sehr wahrscheinlich gegen die Freihandelsregeln der World Trade Organisation (WTO).

Ein zentraler Aspekt des IRA ist sein Fokus auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den USA. Konkret sind die Subventionen teilweise an der Lohnhöhe gekoppelt – Unternehmen, die den „üblichen“ (prevailing) Lohn zahlen, erhalten einen Extra-Bonus (White House, 2023b). Zudem werden die Investitionssubventionen mit der Ausbildung von Fachkräften verbunden. Erklärtes Ziel der Biden Administration ist es, gute bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. In diesem Sinne ist der IRA auch ein Gute-Arbeit Paket. Dieser Punkt findet in der öffentlichen Debatte in Deutschland und Europa kaum Erwähnung,<sup>2</sup> obwohl er für die Biden-Administration eine außerordentlich wichtige Rolle spielt (White House, 2023b).

### 3. Europäische Union

Der Inflation Reduction ist im Wesentlichen der Versuch der Biden Administration, in der USA eine moderne Industrie- und Standortpolitik zu etablieren. Dieser Ansatz ist aus ökonomischer Sicht gerechtfertigt, sobald Anpassungskosten, Marktmacht und Pfadabhängigkeiten im Transformationsprozess berücksichtigt werden (Krebs, 2021, 2023). Deutschland und Europa sollten daher den Vorstoß der USA begrüßen und mit einem europäischen IRA antworten. Auf der europäischen Ebene sollten die folgenden Maßnahmen Bestandteil einer europäischen Antwort auf den IRA, die den Grundzügen einer modernen Industriepolitik:

- **Europäische Projekte (vertikale Industriepolitik):** Ausbau der Förderung von strategisch wichtigen Projekten im Bereich der Klimatransformation bei gleichzeitiger Verschlankung der Förderprozesse.
- **Beihilferegeln (horizontale Industriepolitik):** Flexibilisierung der EU-Beihilferegeln für nationale Förderprogramme, um eine einfache und mittelstandsfreundliche Förderung privater Investitionen in die Erneuerbare Energien und Dekarbonisierung der Industrie zu ermöglichen.
- **Gute-Arbeit:** Stärkung der europäischen Initiativen zur Aus- und Weiterbildung sowie Richtlinien für eine Gute-Arbeit-Investitionsförderung, die Unternehmenssubventionen mit Kriterien wie Tarifbindung oder Mitbestimmung verbinden.
- **Strompreise:** Anpassung der Beihilferegeln und Reform des europäischen Strommarktes, um wettbewerbsfähige und stabile Strompreise in der EU zu gewährleisten.

---

<sup>2</sup> Beispielsweise findet dieser Aspekt des IRA keine Erwähnung in den ansonsten sehr ausführlichen Analysen von BDI (2023) und (Bruegel, 2023).

- **Finanzierung:** Zusätzliche Möglichkeiten der Finanzierung schaffen, damit alle EU-Mitgliedsstaaten eine moderne Industriepolitik umsetzen können.
- **Handel:** Abschluss zusätzlicher Industriehandelsabkommen mit Nordamerika und andere Regionen; Verzicht auf „Buy-European“ und anderen Formen des Protektionismus; zusätzliche EU-Mittel für Ländern im Globalen Süden zur Entwicklung einer eigenen Version moderner Industriepolitik.

Die Europäische Kommission hat im März 2023 ihre Vorschläge zur Industriepolitik mit den Entwürfen „Net Zero Industry Act“ (EK, 2023a), dem „Critical Raw Materials Act“ (EK, 2023b), der Reform zum europäischen Strommarkt (EK, 2023c) und der neuen Fassung des „Temporary Crisis and Transition Framework“ (EK, 2023d) konkretisiert. Die oben genannten Maßnahmen stehen im dem folgenden Zusammenhang zu den aktuellen Vorschlägen der Europäischen Kommission.

**Europäische Projekte (vertikale Industriepolitik):** Die Förderung des Ausbaus europäischer Produktionskapazitäten für strategisch wichtige Produkten zur Dekarbonisierung ist in den letzten drei Jahren bereits zu einem wichtigen Baustein der EU-Förderpolitik geworden. Im Rahmen der Förderung von Projekten von besonderem europäischem Interesse (IPCEI) sind bisher zwei Programme zur Förderung der europäischen Batteriezellenproduktion und ein Programm zur Förderung der europäischen Produktion und Nutzung klimaneutralen Wasserstoffs.<sup>3</sup> IPCEI-Programme sollten jetzt auf weitere Clean-Tech Produkte bzw. Branchen wie Windkraft- und Solaranlagen ausgebaut werden. Dabei sollte gleichzeitig der Förderprozess verschlankt werden, um eine schnelle und unbürokratische Förderung zu ermöglichen. Darüber hinaus kann dies flankiert werden mit einem Ausbau der Initiative bzw. dem Aktionsplan zur Stärkung der europäischen Beschaffung von kritischen Rohstoffen, um Abhängigkeiten von Rohstoffimporten zu verringern. Diese Ideen decken sich mit den aktuellen Überlegungen der Europäischen Kommission zur Erneuerung der europäischen Industriepolitik (EK 2023a, EK 2023,b).

**Beihilferegeln (horizontale Industriepolitik):** Die Europäische Kommission möchte den Beihilferahmen für nationale Förderprogramme flexibler gestalten, um eine einheitliche und einfache Förderung von privaten Investitionen in die Erneuerbare Energien und Dekarbonisierung der Industrie zu ermöglichen (EK, 2023d). Dieser Vorstoß ist zu begrüßen, denn er kann die Umsetzung einer modernen Industriepolitik auf nationaler Ebene vereinfachen. Bei der Flexibilisierung der Beihilferegeln sollte jedoch ein horizontaler industriepolitischer Ansatz verfolgt werden, der die Förderung nicht in Bezug auf strategische Güter oder Sektoren definiert, sondern nach einheitlichen Kriterien hinsichtlich der Emissionsreduktion der jeweiligen Investitionen fördert. Eine solche Industriepolitik hat den Vorteil, dass sie im Prinzip mit relative einfachen Förderregeln umgesetzt werden kann und in diesem Sinne mittelstandsfreundlich ist. Zudem sollte eine allgemeine Gruppenfreistellung für solche Investitionen angestrebt werden, so dass diese Art der horizontalen Industriepolitik fest in der europäischen Klima- und Wirtschaftspolitik verankert wird.

**Gute-Arbeit:** Eine moderne Industriepolitik ist auch immer eine Gute-Arbeit Politik. Es ist daher positiv zu bewerten, dass die Europäische Kommission in ihrem Vorschlag zur Green Deal

---

<sup>3</sup>Neben der Förderung der erneuerbaren Energien sind das IPCEI-Programm und die EUInvest-Programme zurzeit die einzigen EU-Programme, die private Klimainvestitionen direkt fördern. Das EUInvest-Programm vergibt zinsgünstige Kredite, aber keine Zuschüsse oder Steuererleichterungen.

Industriepolitik explizit die Stärkung der Aus- und Weiterbildung in Transformationsberufen erwähnt (EK, 2023a). Dieser Ansatz sollte ausgeweitet werden und -- wie beim IRA -- die Höhe der Investitionsförderung von der Lohnhöhe und anderen gute-Arbeit Kriterien (Mitbestimmung) abhängig gemacht werden. Der aktuelle Vorschlag der Europäischen Kommission enthält jedoch keine Erweiterungen hinsichtlich der Kopplung von Investitionsförderung und angemessener Entlohnung.

**Strompreise:** Stromkosten sind ein wesentlicher Kostenfaktor für viele Unternehmen in der energieintensiven Industrie. Wettbewerbsfähige und stabile Strompreise sind daher Voraussetzung für eine erfolgreiche Transformation der Industrie und Bestandteil einer modernen Industriepolitik. Darüber hinaus sind sie auch aus klimapolitischer Perspektive sinnvoll, denn sie beschleunigen die notwendige Elektrifizierung der industriellen Produktion. Neben angebotsseitigen Maßnahmen sollte die EU auch die Effizienz der Strommärkte soweit wie möglich verbessern. Beispielsweise hat die anstehende Reform des europäischen Strommarktes das Potenzial die Strompreise dauerhaft zu senken, ohne die öffentlichen Kassen zu belasten. In dieser Hinsicht hat die Europäische Kommission interessante Vorschläge vorgelegt (Europäische Kommission, 2023c). Die Bundesregierung bzw. das BMWK sollte diesen Reformprozess mit konstruktiven Vorschlägen unterstützen, die eine Verbesserung des sub-optimalen Status-quo versprechen. Darüber hinaus sollten die EU-Beihilferegeln angepasst werden, damit alle energieintensiven Unternehmen angemessen von der Strompreisbremse profitieren können.

**Finanzierung:** Aus ökonomischer Sicht muss gewährleistet sein, dass alle Mitgliedsstaaten der EU die finanziellen Möglichkeiten haben, eine moderne Industriepolitik zu verfolgen. Denn nur in diesem Fall ist eine moderne Industriepolitik auch eine gesamteuropäisch optimale Politik. Die Europäische Kommission hat die Schaffung eines europäischen Souveränitätsfonds vorgeschlagen, um die Finanzierung der Green Deal Industriepolitik zu bündeln und zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Andere Finanzierungsinstrumente sind denkbar. Letztlich entscheidend für den Erfolg einer gemeinsamen europäischen Industriepolitik ist, dass die Finanzierung gewährleistet wird und alle Mitgliedsstaaten davon profitieren.

**Handel:** Moderne Industriepolitik setzt auf den internationalen Handel und stellt sich gegen Protektionismus. Die EU sollte daher die Bemühungen verstärken, Industriehandelsabkommen mit Nordamerika und andere Regionen abzuschließen. Hingegen Buy-European- oder local-content-Vorgaben strikt zu vermeiden. Darüber hinaus sollte die EU zusätzliche Mittel für finanzschwache Länder im Globalen Süden bereitstellen, um diesen Ländern auch eine klimaneutrale Industriepolitik zu ermöglichen. Dieser Schritt ist notwendig, denn eine moderne Industriepolitik ist nur dann gut für die Weltwirtschaft, wenn alle Länder die Möglichkeit der Umsetzung einer solchen Politik haben.

#### 4. Deutschland

Die europäische Antwort auf den IRA muss auf der EU-Ebene koordiniert werden, aber die Mitgliedsstaaten können mit nationalen Maßnahmen zum Erfolg einer europäischen Industriepolitik beitragen. Zusammen mit den genannten Maßnahmen auf europäischer Ebene und einer entsprechenden Infrastrukturpolitik ergibt sie ein Maßnahmenpaket, das die Grundlage für eine sozial-gerechte Klimatransformation der Wirtschaft legen kann. Insbesondere sollte die Bundesregierung mit den folgenden Maßnahmen das Fundament für eine moderne Industriepolitik in Deutschland legen.

- **Investitionsförderung:** Zügige Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten steuerlichen Förderung von Transformationsinvestitionen („Superabschreibungen“).
- **Gute-Arbeit:** Zahlung einer Zusatz-Prämie im Rahmen der Investitionsförderung für Unternehmen mit guter Entlohnung; zügige Umsetzung des Bundestariftreugesetzes; Erhöhung der Fördersätze zur Aus- und Weiterbildung.
- **Strompreise:** Eine Verlängerung der Strompreisbremse über den 1. April 2024 hinaus, um alle Verbraucher von den krisenbedingten Mehrausgaben zu entlasten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu gewährleisten.
- **Finanzierung:** Die Finanzierung der nationalen Maßnahmen zur Umsetzung einer modernen Industriepolitik sollte im Rahmen einer tragfähigen öffentlichen Haushaltspolitik sichergestellt werden. Zur Finanzierung einer Verlängerung der Strompreisbremse über den 1. April 2024 hinaus kann der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) genutzt werden.

**Investitionsförderung:** Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag die Einführung von sogenannten „Superabschreibungen“ festgelegt. Geplant ist die steuerliche Förderung von Unternehmen, die in Energieeffizienz und Klimaschutz investieren.<sup>4</sup> Die Maßnahme kann als Investitionsprämie (Zuschuss) oder beschleunigte Abschreibung implementiert werden. Die Umsetzung als Investitionsprämie hat den Vorteil, dass auch Unternehmen davon profitieren, die aktuell keine Gewinne aufweisen. Solche Steuererleichterungen für klimafreundliche Investitionen (Transformationsinvestitionen) stellen ein Instrument der modernen Industriepolitik dar. Es ist eine horizontale Industriepolitik, wenn – wie geplant -- die Förderung nach einheitlichen Kriterien hinsichtlich der Emissionsreduktion der jeweiligen Investitionen erfolgt. Eine solche Industriepolitik hat den Vorteil, dass sie im Prinzip mit relative einfachen Förderregeln umgesetzt werden kann und in diesem Sinne mittelstandsfreundlich ist. Die nationale Umsetzung dieser Maßnahme sollte im Einklang mit der geplanten Flexibilisierung der EU-Beihilferegeln (siehe Abschnitt 3) erfolgen.

**Gute-Arbeit:** Die Gute-Arbeit Komponente der deutschen Industriepolitik kann mit den folgenden drei nationalen Maßnahmen gestärkt werden. Ersten sollten im Rahmen der Investitionsförderung Unternehmen eine zusätzliche Prämie erhalten, wenn sie Tariflöhne zahlen. Diese Maßnahme entspricht der Kopplung der Investitionsförderung an dem „üblichen“ Lohn, wie sie im IRA vorgesehen ist. Zweitens muss das geplante Bundestariftreugesetz zügig umgesetzt werden (BMAS, 2022a). Das heißt, öffentliche Aufträge des Bundes sollten vornehmlich an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen. Dabei ist darauf zu achten, dass auch nachgelagerte Unternehmen und Verleihunternehmer erfasst sind und ein angemessener Sanktionsmechanismus greift. Diese zwei Maßnahmen führen nicht nur zu höheren Löhnen, sondern stärken auch das Tarifsysteem und sind damit ein Beitrag zur Förderung der tarifvertraglichen Lohnsetzung, wie sie in den EU-Richtlinien im Oktober 2022 festgelegt wurde (EU, 2022). Schließlich sollte die Fördersätze für Weiterbildung und Qualifizierung von Beschäftigten angehoben und die Zugangsbedingungen erleichtert werden,

---

<sup>4</sup> Transformationsinvestitionen sollten gemäß Koalitionsvertrag alle Investitionen in Wirtschaftsgüter bzw. Anlagen enthalten, die zur ökologischen und digitalen Transformation der Wirtschaft beitragen – also Klimainvestitionen und digitale Investitionen. Die digitale Komponente der Superabschreibungen ist jedoch schwieriger mit den EU-Beihilferegeln vereinbar, so dass voraussichtlich nur die privaten Klimainvestitionen im Rahmen dieser Maßnahme gefördert werden (Handelsblatt, 2023).

wobei der Fokus auf Engpassberufe und Berufe im Strukturwandel liegen sollte.<sup>5</sup> Aus ökonomischer Sicht unterstützt diese dritte Maßnahme Unternehmen und Menschen im Transformationsprozess, indem sie Humankapitalinvestitionen stärkt und die Anpassungskosten des Produktionsfaktors Arbeit senkt.

**Strompreise:** Die nationale Gas- und Strompreisbremse für Industriekunden deckelt aktuell die Gaspreise bei 7 Cent pro Kilowattstunde und die Strompreise bei 13 pro Kilowattstunde für ein Grundkontingent, das von dem vergangenen Verbrauch des jeweiligen Unternehmens abhängt (Bundestag, 2022a, 2022b; entsprechend 12 Cent pro Kilowattstunde und 40 Cent pro Kilowattstunde für alle anderen Verbraucher). Dieser Ansatz sollte genutzt werden, um weiterhin die krisenbedingten Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren und wettbewerbsfähige Strompreise für die deutsche Industrie zu gewährleisten. Dazu sollte die aktuelle Gesetzgebung in drei Richtungen modifiziert werden. Erstens sollte das die Strompreisbremse gültig bleiben, bis die europäische Reform des Strommarktes abgeschlossen ist – zurzeit ist die deutsche Strombremse nur bis zum 30. April 2024 gültig. Zweitens sollte Entlastung abhängig sein vom aktuellen Stromverbrauch und nicht vom vergangenen Verbrauch, denn nur eine solche Strompreisbremse fördert die Produktion und Beschäftigung in Deutschland bzw. Europa (Krebs, 2022). Drittens sollte die Höchstgrenze für die Entlastungszahlungen angehoben werden. Dieser Schritt erfordert eine entsprechende Anpassung oder Auslegung der EU-Beihilferegeln.

**Finanzierung:** Die sogenannten Superabschreibungen sind bereits im Rahmen des Koalitionsvertrages beschlossen, auch wenn die entsprechenden Einnahmerückgänge der öffentlichen Hand noch nicht im aktuellen Haushalts- und Finanzplan des BMF abgebildet sind.<sup>6</sup> Die Maßnahmen zur Umsetzung der Gute-Arbeit Politik haben keine direkten Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt, aber die dritte wirkt sich auf den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit aus. Die Modifizierung und Verlängerung der Gas- und Strompreisbremse über den 30. April 2024 hinaus kann einen großvolumigen Finanzbedarf erzeugen, aber mit bis zu 200 Milliarden Euro stehen im Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) hinreichende Finanzmittel zur Verfügung. Aus ökonomischer Sicht ist eine solche Verlängerung auch als Maßnahme zur Krisenbekämpfung zu verstehen, denn die Auswirkungen der Energiekrise auf die Energiepreise wirken über den 30. April 2024 hinauswirken. Diese ökonomische Überlegung sollte auch in die juristische Bewertung einer Verlängerung einfließen.

Der US-amerikanische Vorstoß in der Klimapolitik bietet Deutschland und Europa eine Chance, mit einer modernen Industriepolitik den anstehenden Transformationsprozess erfolgreich zu gestalten. Die genannten Maßnahmen sind wichtige Bestandteile einer solchen Industriepolitik. Darüber hinaus braucht es einen ressortübergreifenden Plan zur Energie- und Industriepolitik, den die Bundesregierung zusammen mit den europäischen Partnern in den kommenden Monaten entwickeln und an alle Akteure entsprechend kommunizieren sollte -- plan beats no plan.

## 5. Fazit

Die Ergebnisse der vorliegenden Stellungnahme können in einer einfachen These zusammengefasst werden: Es ist gesamtgesellschaftlich wünschenswert, wenn Staaten klimafreundliche Investitionen und die Schaffung guter Arbeitsplätze subventionieren. Eine

---

<sup>5</sup> Staatliche Zuschüsse werden für das Arbeitsentgelt und die Lehrgangskosten gezahlt und sind in der Regel nach Betriebsgröße gestaffelt. Siehe BMAS (2022b) für die aktuell geplanten Änderungen in der Aus- und Weiterbildung.

<sup>6</sup> Die im Finanzplan enthaltenen Einnahmenschätzungen berücksichtigen in der Regel keine Maßnahmen, die nicht bereits vom Gesetzgeber beschlossen wurden.



pauschale Kritik des IRA als „Protektionismus“ oder „Subventionslauf“ greift also zu kurz, weil sie auf einer Fehlanalyse des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problems beruht.

Der IRA verfolgt zwar im Prinzip den richtigen Ansatz, aber er hat auch Schwächen – nicht jede Subvention ist eine gute Subvention. Die vorliegende Studie hat einige konkrete Vorschläge für eine verbesserte Version des IRA entwickelt – ein sogenannter europäischer IRA. Damit hat Europa die einmalige Chance, zusammen mit den USA und anderen Partnerländern durch eine moderne Klimapolitik die anstehende Transformation erfolgreich voranzutreiben.

Es verbleibt das Problem, dass viele Länder im Globalen Süden nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, eine moderne Industrie- bzw. Klimapolitik zu implementieren. Deshalb müssen Europa und die USA gleichzeitig mit der Umsetzung einer inländischen, modernen Industriepolitik die internationalen Kooperations- und Entwicklungsprogramme ausbauen. Diese Hindernisse sind real und müssen ernst genommen werden, aber sie können nicht als Argument gegen eine moderne Industriepolitik in Europa dienen. Anders gesagt: „Don't let the perfect be the enemy of the good“.

## Referenzen

BDI (2023) „Inflation Reduction Act: Europa im Wettbewerb um die Grüne Transformation,“ Positionspapier: <https://bdi.eu/artikel/news/inflation-reduction-act-europa-im-wettbewerb-um-die-gruene-transformation>

BMAS (2022a) „Stärkung der Tarifbindung,“

<https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Arbeitsrecht/Staerkung-der-Tarifbindung/staerkung-der-tarifbindung.html>

BMAS (2022b) „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung und Einführung einer Bildungszeit,“ Referentenentwurf des BMAS:

[https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Referentenentwuerfe/ref-weiterbildungsfoerdungsgesetz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Referentenentwuerfe/ref-weiterbildungsfoerdungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=3)

Bruegel (2023) „How Europe should Answer the US Inflation Reduction Act,“ Bruegel Policy

Contributions: [https://www.bruegel.org/sites/default/files/2023-02/PB%2004%202023\\_0\\_1.pdf](https://www.bruegel.org/sites/default/files/2023-02/PB%2004%202023_0_1.pdf)

Bundestag (2022a) „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung weiterer Vorschriften,“ Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/046/2004683.pdf>

Bundestag (2022b) „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Strompreisbremse und zur Änderung weiterer energierechtlicher Bestimmungen,“ Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/046/2004685.pdf>

Europäische Kommission (2023a) „Regulation of the European Parliament and of the Council on establishing a framework of measures for strengthening Europe's net-zero technology products manufacturing ecosystem (Net Zero Industry Act)“. [https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/net-zero-industry-act\\_en](https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/net-zero-industry-act_en)

Europäische Kommission (2023b) "Critical Raw Materials: ensuring secure and sustainable supply chains for EU's green and digital future".

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_23\\_1661](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_1661)

Europäische Kommission (2023c) "Commission proposes reform of the EU electricity market design to boost renewables, better protect consumers and enhance industrial competitiveness". [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/%20en/ip\\_23\\_1591](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/%20en/ip_23_1591)

Europäische Kommission (2023d) "Communication from the Commission Temporary Crisis and Transition Framework for State Aid measures to support the economy following the aggression against Ukraine by Russia". <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv:OJ.CI.2022.131.01.0001.01.ENG>

Europäische Union (2022) „Angemessene Mindestlöhne in der EU,“ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/adequate-minimum-wages/>

Handelsblatt (2023) "Lindner arbeitet an neuen Steuerentlastungen für Unternehmen,“ Artikel vom 17.02.2023.

Krebs, T. (2021) „Moderne Klimapolitik und nachhaltiges Wachstum,“ Perspektiven der Wirtschaftspolitik 22: 103-110.

Krebs (2022) „Anmerkungen zur Ausgestaltung der Gaspreisbremse für industrielle Verbraucher,“ Working Paper: [https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Krebs/gaspreisbremse\\_studie\\_final-2.pdf](https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Krebs/gaspreisbremse_studie_final-2.pdf)

Krebs (2023) „Modern Climate Policy: Moving Beyond the Market-Liberal Paradigm,“ Forum New Economy, Working Paper.

White House (2022a) "Building a Clean Energy Economy: A Guidebook to the Inflation Reduction Act's Investments in Clean Energy and Climate Action" <https://www.whitehouse.gov/cleanenergy/inflation-reduction-act-guidebook/>

White House (2022b) "Fact Sheet: The Inflation Reduction Act Supports Workers and Families," <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/08/19/fact-sheet-the-inflation-reduction-act-supports-workers-and-families/>